

Was Handwerker in ihrer Branche verändert sehen wollen



Malermeister Hilmar Steinert (Mitte) erklärt Ministerpräsident Michael Kretschmer den Einsatz von Platten für Steinfußböden – ein Aufgabenfeld auf dem Steinert mit seiner Firma auch tätig ist.

FOTO: CHRISTOF HEYDEN

Unternehmer in Limbach-Oberfrohna haben am Freitag bei einem Treffen mit Ministerpräsident Kretschmer über ihre Nöte gesprochen und eigene Ideen formuliert.

VON CHRISTOF HEYDEN

LIMBACH-OBERFROHNA – Der Besuch des Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in einem Handwerksbetriebs in Limbach-Oberfrohna bot Malermeister Hilmar Steinert die Chance, dem Chef der sächsischen Landespolitik seine Sicht auf nötige Veränderungen zu schildern.

Grund dafür sind aus Sicht des Handwerkers die Sorgen und Nöte

kleiner und mittelständischer Unternehmen. Und die kennt Steinert auch aus der Mitarbeit im Präsidium der Vereinigung der sächsischen Wirtschaft (VSW). Der Oberfrohner gehört dem Gremium in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender des Arbeitgeberverbandes für Maler und Lackierer in Deutschland an. Und nicht nur da nehme der Ärger über wachsende bürokratische Regulierung, mangelnde Unterstützung durch Behörden, übermäßige staatliche Einflussnahme und eine fehlende Lobby für kleine und mittlere Unternehmen zu. Groß sei auch seine Sorge, Fachkräftenachwuchs zu finden und den Handwerkerberuf schmackhaft machen zu können. „Neben Zuschlägen übernimmt der Betrieb beispielsweise auch Kindergartenkosten. Um uns zu verstärken, arbeiten bereits fünf polnische Mitarbeiter im Unternehmen“, erklärt Steinert. Für den Oberfrohner sind auch Regelungen zur

Arbeitszeit und der Tarifpolitik nicht mehr zeitgemäß. Sein Betrieb, bundesweit und im Ausland aktiv, zahle längst Westtarif. „Es sei 30 Jahre nach der Wende nicht mehr vermittelbar, dass es auf Baustellen in den Altbundesländern mehr Lohn gibt, als in der heimischen Region. „Für solide Arbeit muss es ordentlichen Lohn geben“, so Steinert. Er erhoffe sich zudem mehr Vertrauen in die unternehmerischen Fähigkeiten der Familienbetriebe und sehe sich durch Behörden bevormundet.

Als Arbeitgeber wünscht er sich, Arbeitszeitmodelle und Entlohnung auf den Prüfstand zu stellen und mit den Gewerkschaften in konstruktiven Dialog zu kommen. Steinert denkt etwa auch an Regelungen wie die Schlechtwetterkündigung. „Die wird längst genutzt, den Arbeitnehmern zu kündigen, wenn Firmen keine Arbeit haben. Dabei sollte sie allein bei echtem Schneefall und widrigen Bedin-

gungen greifen“, sagte er. So zahle aber die Öffentlichkeit für unternehmerische Fehlleistungen. Steinert sieht sich als Handwerker von der Politik und den Institutionen kaum mehr gehört. Er fühle sich durch die Handwerkskammer nicht ausreichend vertreten und betrachte sie als überflüssig. Deshalb schlage er vor, deren Tätigkeitsfelder neu auszurichten, etwa auf eine intensivere Gewinnung von Berufsnachwuchs und eine verstärktere Werbung für das Handwerk. Steinert sagt, er sehe im Treffen mit Kretschmer ein Signal, dass die Chefetage der Politik ihn an der Basis ernst nimmt. Kretschmer zeigte sich beim Treffen für eine Vielzahl an Hinweisen und Vorschlägen offen, gab aber zugleich auch zu bedenken, welche Entscheidungsmöglichkeiten er als Landespolitiker habe und welche der Themen vielmehr auf anderer Ebene, etwa durch den Bund, zu organisieren sind.